

<b>STADT FRIEDRICHSHAFEN</b>  <b>Sitzungsvorlage</b>  <b>Drucksache-Nr. 2012 / V 00015</b>	Ausfertigungen:
Dienststelle: Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt  Aktenzeichen: BSU hjs-we	2. April 2012, Unterschrift:
Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen):  <input checked="" type="checkbox"/> BM Hauswald _____ <input checked="" type="checkbox"/> Oberbürgermeister _____  <input type="checkbox"/> I. BM Dr.-Ing. Köhler _____	

<b>Betreff: Resolution des Gemeinderats zur Polizeireform Baden-Württemberg</b>  Anlage:				
<b>Medien:</b> Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens <b>1 Arbeitstag</b> vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.				
<input type="checkbox"/> MS Office 2003 Dateien (inkl. ppt, .mpp)	<input type="checkbox"/> .pdf-, htm-Dateien	<input type="checkbox"/> DVD	<input type="checkbox"/> Video (VHS)	<input type="checkbox"/> Folien (ungeeignet)

Referent und Zeitdauer:      Herr Hans-Jörg Schraitle ca. 20 min.
--

<b>Gremium:</b>	<b>Datum:</b>	<b>Zuständigkeit:</b>	<b>Öffentlichkeitsstatus:</b>
Gemeinderat	05.03.2012	Entscheidung	öffentlich

Ggf. Hinweis auf frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, Drucksache-Nr.):
---

<b><u>FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN</u></b>		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
<b>Kosten:</b>	<input type="checkbox"/> einmalige Kosten		Betrag: EUR
	<input type="checkbox"/> jährliche Folgekosten:	Personalkosten	Betrag: EUR
		Sachkosten	Betrag: EUR
<b>Zuschüsse bzw.</b>	<input type="checkbox"/> einmalige Einnahme(n)		Betrag: EUR
<b>Beiträge:</b>	<input type="checkbox"/> laufende (jährlich)		Betrag: EUR
<b>MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:</b>			
<input type="checkbox"/> Städt. Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:
<input type="checkbox"/> Stiftungs-Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:
Zur Verfügung stehende Mittel (Planansatz und Haushaltsausgaberest lfd. Jahr):			EUR
Noch bereitzustellen:			EUR
Deckungsvorschlag:			EUR

### **Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat beschließt nachfolgende Resolution:

Der Gemeinderat der Stadt Friedrichshafen appelliert an das Land Baden-Württemberg im Rahmen der geplanten Polizeireform, die notwendige Präsenz der Polizei vor Ort weiter zu gewährleisten und auszubauen. Dabei wird nicht nur eine uniformierte Polizei als sichtbare Präsenz als notwendig erachtet, sondern auch eine auf die Bekämpfung der schweren Kriminalität spezialisierte Kriminalpolizei. Eine Konzentrierung der Kriminalpolizei bei einem weit entfernten Polizeipräsidium, z. B. in Ulm, wird kritisch gesehen, da sich hierdurch sehr lange Anfahrtswege und –zeiten auf die Polizeiarbeit negativ auswirken können.

Bei der Wahl des Standorts eines neuen Polizeipräsidiums spricht sich der Gemeinderat für eine Verortung in der Region Bodensee-Oberschwaben aus. Hierdurch wird in einem „Europa der Regionen“ nicht nur der dringend notwendigen regionalen Verankerung eines solchen Präsidiums sondern auch den örtlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten wie Messestandort, Flughäfen, Dreiländereck mit EU Außengrenze usw. Rechnung getragen. Der Standort dieses Polizeipräsidiums sollte im gemeinsamen Oberzentrum Friedrichshafen-Ravensburg-Weingarten liegen.

Der Gemeinderat hält es für erforderlich, dass die für den Bodensee zuständige Wasserschutzpolizei weiterhin in der lokalen Polizeiorganisation verbleiben soll. Eine Auslagerung in ein gesondertes Polizeipräsidium erscheint aufgrund der besonderen örtlichen und internationalen Verknüpfungen im Bodenseeraum für nicht sachgerecht.

## **Begründung:**

### **Sachverhalt:**

Für die Sitzung des Gemeinderats ist der Leiter der Polizeidirektion Friedrichshafen, Herr Wolfsturm, eingeladen und wird dem Gremium für Fragen zur Verfügung stehen.

Das Land Baden-Württemberg beabsichtigt im Rahmen der geplanten Polizeireform umfangreiche organisatorische Änderungen der Polizeistruktur in Baden-Württemberg vorzunehmen. Direkte Auswirkungen hiervon für die Stadt Friedrichshafen sind die Auflösung der Polizeidirektion sowie die geplante Trennung der Wasserschutzpolizei von der allgemeinen Polizeiorganisation. Neben einer Stärkung der Polizeireviere ist die Schaffung von 12 regionalen Polizeipräsidiem mit einer Mindeststärke von 1.500 Mitarbeitern geplant. Aufgrund der bisher geplanten Mindeststärke an Mitarbeitern wird allerdings der Begriff von „regionalen Polizeipräsidiem“ sehr stark relativiert und hätte für die Region Bodensee-Oberschwaben unter Umständen zur Folge, dass – zur Erreichung der Mindeststärke - ein Polizeipräsidium für die Gebiete der Stadt Ulm, dem Alb-Donau-Kreis, Kreis Biberach, Kreis Ravensburg und Bodenseekreis mit Sitz in Ulm gebildet würde. Folge hieraus wäre, dass ein für Friedrichshafen zuständiges Polizeipräsidium in über 100 km Entfernung liegen würde. Hiervon betroffen ist insbesondere der Bereich der Kriminalpolizei, der bisher bei der Polizeidirektion und künftig bei den Polizeipräsidiem angesiedelt werden wird. Aus Sicht der Stadt Friedrichshafen ist es völlig inakzeptabel, dass für Fälle im Bereich der schweren Kriminalität derart lange Anfahrtswege und –zeiten geschaffen werden sollen.

Auch stellt sich seitens der Stadt Friedrichshafen die Frage, ob eine erneute Trennung der Wasserschutzpolizei (in ein gesondertes Polizeipräsidium) von der allgemeinen Polizeiorganisation wirklich Sinn macht. Eine Zuständigkeitsabgrenzung an der Wasser- bzw. Uferlinie erscheint in der Praxis wenig sinnvoll. Auch im Hinblick auf die zahlreichen Großveranstaltungen, die sowohl seeseitig als auch landseitig Auswirkungen haben, sollten die polizeilichen Verantwortlichkeiten im Zuständigkeitsbereich eines Polizeipräsidiem liegen.